

Art. 118a al. 1*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

Bürgi Hermann (V, TG), für die Kommission: Es geht hier noch um die Bereinigung einer einzigen Differenz. Am 11. Juni 2009 hat der Nationalrat diese Vorlage zum dritten Mal beraten. Der Fahne können Sie entnehmen, dass bei Artikel 118a Absatz 1 eine Differenz besteht. Der Nationalrat hat erneut Festhalten beschlossen und somit der Version des Bundesrates zugestimmt, während wir in der zweiten Lesung daran festgehalten haben, auf die Erwähnung der Forschungsfreiheit zu verzichten. Ich habe in meinem Votum vom 4. Juni 2009 darauf hingewiesen, dass die Frage, ob die Forschungsfreiheit zu erwähnen sei, nicht von materieller Bedeutung ist. Ich möchte das nochmals unterstreichen. Es geht unseres Erachtens vielmehr darum, was verfassungsrechtlich klar und korrekt ist. Aus diesem Grund haben wir in der Sommersession an unserem Beschluss festgehalten. Im Nationalrat wurde eine andere Auffassung vertreten. Es wurde gesagt, wir würden formaljuristisch argumentieren.

Nach der Beratung in der Kommission kann ich Ihnen mitteilen, dass wir uns entschieden haben, uns dem Nationalrat und dem Bundesrat anzuschliessen und damit dieses Gefecht zu beenden. Aber gestatten Sie mir den Hinweis, dass es nicht darum geht, wer nun hier obsiegt oder nicht, wie es bei einer anderen Vorlage von Mitgliedern der WBK-NR ausgedrückt worden ist. Wir sind der Meinung, dass wir im Interesse der Sache diesen Verfassungsartikel nun verabschieden, zur Schlussabstimmung bringen und dann dem Volk unterbreiten sollten.

Ich möchte aber doch noch auf einige Gesichtspunkte hinweisen, die im Rahmen unserer Beratung hervorgehoben worden sind. Wesentlich scheint mir, dass bei der Interpretation des Verfassungsaartikels Folgendes festgehalten wird: Die Erwähnung der Forschungsfreiheit gemäss dem Beschluss des Nationalrates ist nicht in dem Sinne zu verstehen, dass die beiden Hinweise auf die Würde des Menschen und die Forschungsfreiheit, die auch in der Verfassung verankert sind, auf der gleichen Stufe sind. Die Würde des Menschen hat absolute Priorität, und daneben besteht Forschungsfreiheit. Ich möchte zuhanden der Materialien klar sagen: Die Würde des Menschen hat, wenn sie in Konkurrenz zur Forschungsfreiheit steht, stets Priorität. Es scheint mir ganz wesentlich zu sein, dass das zur Kenntnis genommen wird.

Ein zweites Bedenken besteht darin, dass wir ja noch weitere Verfassungsaartikel haben, bei denen man sich die Frage stellen könnte, ob die Forschungsfreiheit nicht auch explizit zu erwähnen wäre. Es sind dies die Artikel 119, 119a und 120 der Bundesverfassung. Es ist der Wunsch der Kommission, dass ich darauf hinweise, dass die Tatsache, dass wir nun die Forschungsfreiheit in Artikel 118a explizit erwähnen – was an sich nicht notwendig wäre, weil die Forschungsfreiheit ausserhalb dieses Artikels speziell garantiert wird –, nicht etwa bedeutet, dass ihre Nichterwähnung in den Artikeln 119, 119a und 120 als ein qualifiziertes Schweigen ausgelegt werden darf. Das möchte ich zuhanden der Materialien noch präzisieren. Sie werden jetzt sagen, das sei wieder eine juristische Spitzfindigkeit und Wortklauberei, aber es geht hier eben um Verfassungsbestimmungen, und bei Verfassungsbestimmungen muss die Ausgangslage klar sein.

In diesem Sinn und mit diesen ergänzenden Bemerkungen ersuche ich Sie, sich nun in Übereinstimmung mit Ihrer Kommission dem Nationalrat und dem Bundesrat anzuschliessen, dann haben wir diese Differenz ausgeräumt.

Couchepin Pascal, conseiller fédéral: Je crois qu'il est temps de conclure les discussions relatives à cet article constitutionnel. Ce que Monsieur Bürgi a dit est parfaitement correct et correspond à l'avis du Conseil fédéral. Si vous suivez la version du Conseil national, qui est aussi celle du Conseil fédéral, cela ne change rien sur le fond. Les deux principes que vous avez évoqués – 1. la dignité de la personne hu-

maine l'emporte sur toutes les autres considérations; 2. on doit tenir compte de la liberté de la recherche qui est inscrite dans la Constitution fédérale – n'ont pas la même valeur, la dignité de la personne l'emportant. Vous avez été partisans de supprimer la référence à la liberté de la recherche; cela n'aurait pas équivaut à un silence «qualifié», c'est-à-dire à de l'indifférence à l'égard de la liberté de la recherche: à chaque fois on doit se poser la question.

Je crois qu'avec toutes les explications qui ont été données au cours des débats menés dans ce conseil et au Conseil national, et notamment l'intervention de Monsieur Bürgi – qui était parfaitement claire –, vous pouvez vous rallier sans crainte à la solution du Conseil national et du Conseil fédéral.

Angenommen – Adopté

07.074

Programm Media 2007–2013.**Abkommen****mit der Europäischen Gemeinschaft****Programme Media 2007–2013.****Accord****avec la Communauté européenne***Differenzen – Divergences*

Botschaft des Bundesrates 21.09.07 (BBI 2007 6681)

Message du Conseil fédéral 21.09.07 (FF 2007 6313)

Ständerat/Conseil des Etats 06.12.07 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 10.12.07 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Zusatzbotschaft des Bundesrates 26.11.08 (BBI 2008 9105)

Message complémentaire du Conseil fédéral 26.11.08 (FF 2008 8165)

Ständerat/Conseil des Etats 18.03.09 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 27.05.09 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 27.05.09 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 03.06.09 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 12.06.09 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 12.06.09 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 1 (BBI 2009 4487)

Texte de l'acte législatif 1 (FF 2009 4005)

Nationalrat/Conseil national 16.09.09 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 17.09.09 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 23.09.09 (Differenzen – Divergences)

Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 24.09.09

Ständerat/Conseil des Etats 24.09.09 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 24.09.09 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 25.09.09 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 25.09.09 (Schlussabstimmung – Vote final)

4. Bundesgesetz über Radio und Fernsehen**4. Loi fédérale sur la radio et la télévision****Art. 10 Abs. 1 Bst. b***Antrag der Mehrheit*

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Lombardi, Büttiker, Hess, Imoberdorf)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 10 al. 1 let. b*Proposition de la majorité*

Maintenir

Proposition de la minorité

(Lombardi, Büttiker, Hess, Imoberdorf)

Adhérer à la décision du Conseil national



Bieri Peter (CEg, ZG), für die Kommission: Wir sind in der dritten Runde der Differenzbereinigung. Das Media-Abkommen und auch den dazu notwendigen Verpflichtungskredit haben wir in der Schlussabstimmung der letzten Session bereits genehmigt. Damit sind die Vorlagen 1 und 3 unter Dach und Fach. Differenzen gibt es noch bei der Vorlage 4. Sie umfasst die mit dem Media-Abkommen einhergehende Änderung des Radio- und Fernsehgesetzes, sprich: die Regeln für die Werbung für leichte Alkoholika wie Bier und Wein. Der Nationalrat hat gestern ein weiteres Mal am Entwurf des Bundesrates festgehalten: mit 95 zu 77 Stimmen. Er möchte die Werbung für diese Produkte in allen privaten, lokalen, regionalen und nationalen Radio- und Fernsehanstalten zulassen, das heißt auch in spezifisch auf die Schweiz ausgerichteten Werbefenstern der ausländischen Veranstalter. Auch die SRG könnte in ihren Fernsehprogrammen für diese Produkte werben. Weiterhin ausgeschlossen bleiben würden die Radiosender der SRG, da das Gesetz für sie ein generelles Werbeverbot vorsieht.

Zur Erinnerung: Bis zum Inkrafttreten des Radio- und Fernsehgesetzes im Jahre 2006 galt in der Schweiz ein generelles Werbeverbot für alkoholische Getränke. Gegen grosse, vor allem gesundheitspolitisch motivierte Vorbehalte haben wir dann bei der Totalrevision des Radio- und Fernsehgesetzes die Entscheidung getroffen, dass private Lokalsender für Alkohol werben dürfen. Hingegen war es nie ein Thema, dass die nationalen und sprachregionalen Fernsehsender das ebenfalls dürfen sollen. Alle in diesem Saal waren damals überzeugt, dass es im Sinne der Prävention nicht angebracht ist, dass unsere nationalen Fernsehsender für Alkohol werben.

Stimmt man nun dem Antrag der Minderheit Ihrer Kommission zu, dem Beschluss des Nationalrates und dem Entwurf des Bundesrates, so wirft man diese allgemein anerkannte Überzeugung über den Haufen und macht das Gegenteil davon. Folgt man unseren früheren Beschlüssen, d. h. dem Antrag der Mehrheit unserer Kommission, der heute Morgen mit 7 zu 4 Stimmen zustande gekommen ist, geht man wieder auf die frühere Regelung zurück, die übrigens auch in Italien, in Österreich und in Frankreich besteht. Eine bedeutende Differenz gibt es nur gegenüber Deutschland, wo die Sender in ihren deutschen Sendungen und in den spezifisch auf die Schweiz ausgerichteten Werbefenstern für Bier und Wein werben können.

Eine Aufhebung des Werbeverbotes liefe zudem den internationalen Entwicklungen zuwider: Nicht nur die Weltgesundheitsorganisation, sondern auch die EU sieht hier Handlungsbedarf. Die EU betont nämlich ausdrücklich die Notwendigkeit des Jugendschutzes bei der Alkoholwerbung. Daher bitten wir Sie, bei Ihrem Beschluss zu bleiben und die Alkoholwerbung ganz aus den schweizerischen Fernsehsendern zu verbannen, damit ein adäquater Jugendschutz gewährleistet werden kann und Alkoholprobleme, wie sie auch in unserer Gesellschaft bekannt sind, bekämpft werden können.

Ich darf darauf hinweisen, dass verschiedene Fachorganisationen unseres Landes, z. B. die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände, die unsere Jugend repräsentiert, aber auch der Schweizerische Lehrerverband und der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter – die ja diejenigen Leute vertreten, die sich mit den unangenehmen Folgen von Alkoholexzessen zu befassen haben –, uns noch einmal aufgefordert haben, bei unserer Linie zu bleiben.

Aus diesem Grund bitte ich Sie im Namen Ihrer Kommission, an Ihrem Beschluss festzuhalten. Ich vertrete sieben Stimmen; die vier übrigen Stimmen wird Herr Lombardi vertreten. Zum Schluss noch ein Ausblick auf die nächste Woche: Wenn wir hier bei unserer Linie bleiben, so stehen die Chancen, dass wir uns in einer Einigungskonferenz durchsetzen können, gut.

Lombardi Filippo (CEg, TI): J'essaierai d'être bref, car il est vrai que tout ce qui pouvait être dit sur ce sujet l'a été. Certes, il y a désormais en plus la décision du Conseil national, qui a été prise de façon encore plus nette que lors de sa pre-

mière délibération, et ceci m'incite au contraire à me demander s'il vaut la peine d'aller en Conférence de conciliation pour ce point-là.

Andererseits gibt es neue Fakten; die SRG hat detaillierte Zahlen geliefert, was den TV-Konsum der Jugendlichen betrifft. Wir wissen schon, dass zwei Drittel des Fernsehkonsums in der Schweiz auf ausländische Sender entfallen; bei der Jugend ist der Anteil noch grösser, er liegt bei 80 Prozent. Deswegen kann man sich wirklich fragen, ob die Prävention hier am richtigen Ort gemacht wird.

Gleichzeitig ist ja das Media-Abkommen angenommen worden, und ab nächstem Jahr werden deutsche Werbefenster für die Schweiz Werbung für leichte Alkoholika beinhalten. Das erfolgt ohnehin, das haben wir mit dem EU-Media-Abkommen und dem Herkunftslandprinzip für die Werbung akzeptiert. Die ausländischen Sender werden es tun können; es bleibt uns jetzt nur noch, entweder die Schweizer weiterhin zu benachteiligen oder wenigstens gleich lange Spiesse zu schaffen. Wenn man von gleich langen Spiessen spricht – und das ist das beste Argument von meiner Seite –, muss man sehen, dass die Krise, von der wir jetzt sprechen und die wir noch heute Morgen mit Massnahmen bekämpfen wollten, auf die Werbebranche eine noch grössere Wirkung hat als auf andere Bereiche. Der Werbeaufwand ist extrem rückläufig. Bei Radio und Fernsehen – die Zeitungen trifft es noch mehr – sprechen wir je nach Sender von einem Rückgang um 15 oder 20 Prozent. Wenn wir den Lokalen und Regionalen auch noch diese kleine Quelle wegnehmen, die wir vor zwei Jahren eröffnet haben, hätte das noch dramatischere Folgen. Die SRG selber erhofft sich aus diesem Topf einige Millionen Franken, und man muss wohl wissen, dass auch bei der SRG einiges passiert ist: In den letzten Wochen sind dort dramatische Zahlen bekanntgeworden. Wir sollten da also keine zusätzlichen Hindernisse und keine ungleiche Behandlung gegenüber ausländischen Sendern forcieren.

Ich ersuche Sie deswegen, dem Bundesrat und dem Nationalrat zu folgen.

Diener Verena (CEg, ZH): Herr Lombardi hat von gleich langen Spiessen gesprochen. Die Frage ist nur, was man dann mit diesen Spiessen aufspiesst. Ich denke, es ist genau die Arbeit, die im Bereich der Erziehung, der Polizei oder auch all der Präventionsbemühungen geleistet wird. Wir müssen andere Lösungen finden, um der SRG die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Es kann nicht sein, dass wir hier jetzt eine wirklich unnötige Liberalisierung machen, ein unnötiges und schlechtes Signal senden. Wir tragen Mitverantwortung bei all diesen brennenden Fragen, die wir in unserer Gesellschaft in Bezug auf unsere jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger haben.

Wir haben schon einmal an unserer Linie festgehalten; ich will all die Argumente gar nicht mehr aufzählen. Wir haben uns als Ständerat zweimal klar positioniert, indem wir gesagt haben, dass wir die schwierigen Arbeiten, welche die Polizei für uns macht, welche die Präventionsbeauftragten für uns machen, welche die Erziehenden für uns als Gesellschaft machen, nicht noch zusätzlich erschweren wollen.

Ich möchte Sie bitten, an unserem Beschluss festzuhalten. Ich glaube, dass dieses Signal ganz, ganz wichtig ist; einerseits für die Politik, andererseits für all diejenigen Menschen, die sich täglich mit diesen Fragen auseinandersetzen müssen.

Couchebin Pascal, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral est en faveur de la minorité. Il pense – tout comme moi, en tant que ministre de la santé – que l'effet préventif de la proposition de la majorité est très limité; c'est plus une affaire de principe, j'allais dire dogmatique, qu'une affaire réellement décisive pour la prévention, qui est nécessaire.

Si la solution de la majorité l'emporte, ce sont plutôt les diffuseurs privés locaux qui seront mis en difficulté, ce n'est pas la SSR. On sait qu'en cas de procédure de conciliation dans le cadre de l'accord Media, on a peu de chance de l'empor-



ter. Par conséquent, à la fin, le principe du droit du pays d'origine serait très rapidement applicable à la Suisse. La solution du Conseil fédéral est la plus simple, la plus cohérente et la plus facile à mettre en oeuvre, mais je crois que tout le monde s'est fait sa religion en la matière – j'utilise le terme intentionnellement parce qu'à certains moments, c'est presque un aspect religieux. Nous croyons que, concrètement, il n'y a aucun danger à suivre la solution du Conseil fédéral et de la minorité, qui est plus cohérente.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 19 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 17 Stimmen

09.9001

Mitteilungen des Präsidenten Communications du président

Le président (Berset Alain, président): J'ai le plaisir de saluer la présence, à la tribune diplomatique, de Son Excellence Monsieur Oqtay Asadov, président du Milli Majlis, le Parlement de la République d'Azerbaïdjan.

Monsieur Asadov est accompagné de trois parlementaires azerbaïdjanais, Messieurs Asim Mollazadeh, Elton Mammadov et Chingiz Asadullayev et de Son Excellence l'Ambassadeur de la République d'Azerbaïdjan en Suisse, Monsieur Elchin Amirbayov.

Monsieur Asadov et les membres de sa délégation vont tout d'abord rencontrer la présidente du Conseil national, Madame Chiara Simoneschi-Cortesi, et j'aurai pour ma part l'honneur et le plaisir de m'entretenir avec eux un peu plus tard.

Dès hier, nos collègues du Parlement azerbaïdjanais ont pu discuter avec le groupe parlementaire Suisse-Azerbaïdjan, qui a été créé pour consolider et intensifier les contacts entre nos deux pays.

Il est également prévu qu'ils rendent une visite de courtoisie à la conseillère fédérale en charge des affaires étrangères, Madame Micheline Calmy-Rey.

Je souhaite, en notre nom à tous, la plus cordiale bienvenue à notre Parlement à Monsieur Asadov et à sa délégation, en espérant que leur séjour dans notre pays sera aussi utile qu'agréable. (*Applaudissements*)

09.3578

Motion Maury Pasquier Liliane. Familienzulagen für alle Kinder mit Rechtsanspruch

Motion Maury Pasquier Liliane. Des allocations familiales pour tous les enfants qui y ont droit

Einreichungsdatum 10.06.09

Date de dépôt 10.06.09

Ständerat/Conseil des Etats 17.09.09

Le président (Berset Alain, président): Le Conseil fédéral propose de rejeter la motion.

Maury Pasquier Liliane (S, GE): La loi fédérale sur les allocations familiales, après avoir été acceptée par 68 pour cent de la population, est entrée en vigueur le 1er janvier de cette année après un long parcours parlementaire puisque l'initiative parlementaire Fankhauser qui est à son origine a été dé-

posée en 1991 déjà. Elle avait pour but affirmé de permettre la réalisation du principe «un enfant, une allocation» et d'améliorer ainsi dans toute la Suisse la situation de tous les enfants et de toutes leurs familles en fixant au moins un cadre minimum pour le versement de ces allocations.

Bien sûr, vous vous en souvenez sans doute, cette amélioration généralisée n'est pas encore tout à fait la règle puisque la question du versement des allocations pour les enfants des personnes exerçant une activité indépendante est encore en suspens. Cette catégorie avait été volontairement exclue de la loi sur les allocations familiales par la majorité des membres du Parlement. Mais, suite à l'initiative parlementaire Fasel 06.476, cette question est actuellement discutée au sein de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national.

Ceci étant, je pense qu'il est important de se rappeler ces éléments pour mieux comprendre les raisons qui m'ont poussée à déposer la présente motion et de bien garder en mémoire la finalité de la loi sur les allocations familiales: l'amélioration de la situation de tous les enfants et de leurs familles par le versement d'une allocation familiale mensuelle d'un montant minimum de 200 francs par enfant et de 250 francs par jeune en formation. Malheureusement, et contrairement au but poursuivi, il est une disposition de la loi sur les allocations familiales qui s'est trouvée à l'origine de la péjoration de la situation financière d'un certain nombre de familles: c'est celle qui, à l'article 7 de la loi, fixe l'ordre de priorité pour le droit aux prestations, prévoyant notamment que c'est le parent qui exerce une activité lucrative qui a la priorité, indépendamment du fait qu'il vive ou non encore avec l'enfant qui ouvre ce droit.

Or, si les dispositions de l'article 7 ne posent pas de problèmes pour les parents vivant en couple, les choses ne sont pas si simples en cas de séparation ou de divorce, particulièrement pour les personnes vivant déjà dans la précarité. Ces difficultés ont été particulièrement remarquées dans mon canton puisque Genève connaissait depuis plusieurs années déjà une loi cantonale prévoyant un autre ordre de priorité pour le versement des allocations familiales. Il a donc fallu s'adapter et l'on sait que ce n'est jamais évident. Mais, même après les premiers mois d'adaptation, les difficultés subsistent, car elles ne sont pas simplement liées au changement de législation, mais bel et bien à l'application proprement dite de la nouvelle législation. En ce sens, ma motion, bien plus qu'une «genevoiserie» supplémentaire, concerne bel et bien une proportion non négligeable des familles monoparentales en Suisse.

Les situations évoquées devant le Grand Conseil genevois sont toutes aussi difficiles les unes que les autres:

- des mères au chômage, à l'aide sociale, à l'assurance-invalidité, puisque ce sont elles qui, la plupart du temps, ont des revenus plus faibles que les hommes ou sont inactives professionnellement, notamment parce qu'elles prennent soin de leurs jeunes enfants;
- des mères avec une activité lucrative faiblement rémunérée;
- des mères qui doivent entreprendre des démarches à leurs frais ou alors en demandant l'assistance juridique;
- des mères qui doivent fournir des preuves de l'absence de revenus du géniteur ou, au contraire, de revenus plus élevés de celui-ci;
- des mères qui doivent entreprendre des démarches juridiques, parfois à l'autre bout de la Suisse, avec les nécessaires traductions qui s'ensuivent ou, encore plus compliqué, à l'étranger. Vous vous imaginez sans peine que de telles démarches, si elles aboutissent, prennent en tout cas des mois, des mois de budgets déséquilibrés, des mois de difficultés qui s'ajoutent à une situation de base déjà bien lourde.

Tout cela ne répond en tout cas pas à l'intérêt de l'enfant et ne correspond pas non plus à l'esprit dans lequel la loi sur les allocations familiales a été élaborée et votée.

Le gouvernement genevois a tiré la sonnette d'alarme auprès de l'autorité fédérale qui, à défaut d'entrer en matière sur une demande de modification de la loi, a au moins pré-